MASTER
NEGATIVE
NO. 94-82013-11

COPYRIGHT STATEMENT

The copyright law of the United States (Title 17, United States Code) governs the making of photocopies or other reproductions of copyrighted materials including foreign works under certain conditions. In addition, the United States extends protection to foreign works by means of various international conventions, bilateral agreements, and proclamations.

Under certain conditions specified in the law, libraries and archives are authorized to furnish a photocopy or other reproduction. One of these specified conditions is that the photocopy or reproduction is not to be "used for any purpose other than private study, scholarship, or research." If a user makes a request for, or later uses, a photocopy or reproduction for purposes in excess of "fair use," that user may be liable for copyright infringement.

The Columbia University Libraries reserve the right to refuse to accept a copying order if, in its judgement, fulfillment of the order would involve violation of the copyright law.

Author:
Nowack, Wilhelm

Title:
Die entwicklung der wirtschaftlichen...

Place:
[Berlin-Wilmersdorf,...

Date:
[193-?]

94-82013-11
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

BUSINESS
110
N86

Howack, Wilhelm.
Die entwicklung der wirtschaftlichen programme der grossen deutschen parteien der nachkriegszeit ... von Wilhelm Howack ... [Berlin-Wilmersdorf, Druck: Reichsbund-druckerei, 193-?]
30 p.

Thesis, Innsbruck.
Bibliography: p. 27-30.

RESTRICTIONS ON USE:

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35 mm REDUCTION RATIO: 12x IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 4/6/94 INITIALS: DG

TRACKING # : MSH 00456

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

2.5 mm 1234567890

2.0 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

1.5 mm ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

PM-MGP 13″x18″
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC

200 mm

150 mm

100 mm

1.0

1.1

1.25

1.4

1.6

1.8

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

1.0 mm

1.5 mm

2.0 mm

2.5 mm

A5

A4

A3

PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

Century

A&P

1303 Geneva Avenue
St. Paul, MN 55119

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

4.5 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

3.5 mm

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Programme der grossen deutschen Parteien der Nachkriegzeit.

Nowack.

D 110 — N86

D110 N86

Columbia University
in the City of New York

LIBRARY

School of Business

SCHOOL OF BUSINESS LIBRARY
Univ. Exchange NOV 8 - 1934
Univ.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Programme der großen deutschen Parteien der Nachkriegszeit.

UNIVERSITY LIBRARY

Dissertation
zur Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde einer hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Leopold-Franzens Universität zu Innsbruck.

Eingereicht von
Wilhelm Nowack
Berlin.

COLUMBIA
UNIVERSITY
LIBRARY

SCHOOL OF
BUSINESS
LIBRARY

110
N-

D 110
N86

S.R. Doc. 16, 1937, ITEM

Die Entwicklung der Programmbildung im Zeitraum von 1918 bis ungefähr 1925.

Die Entwicklung der Programme der großen deutschen Parteien in der Nachkriegszeit läßt sich in zwei deutlich unterscheidbare Abschnitte einteilen: den Zeitraum der Revolution und der Inflation, in dem alle Verhältnisse unklar sind und weder ein sicherer politischer noch wirtschaftlicher Boden vorhanden war. Diese Periode umfaßt ungefähr den Zeitraum vom Ausgang des Jahres 1918 bis zum Jahre 1925.

Vom Jahre 1925 an beginnt eine neue Aera für die Aufstellung von Parteiprogrammen. Das gilt ganz besonders für den Teil der Programme, der sich mit rein wirtschaftlichen Fragen — im weitesten Sinne des Wortes — befaßt. Das wirtschaftliche Fundament erscheint nun wieder gesichert, die Entwicklung ökonomischer Tendenzen ist anscheinend wieder bestimmbar, die Veränderungen in der Gesamtstruktur der Wirtschaft lassen sich wieder feststellen und scheinen eine Abschätzung der sich daraus ergebenden Auswirkungen zu ermöglichen.

So gehen die Parteien daran, ihre Programme zu revidieren oder neue aufzustellen. Vor allen Dingen im Lager der sogenannten bürgerlichen Parteien beginnt ein Suchen nach einer das eigene Parteiprogramm überragenden Wirtschaftsverfassung, die der kapitalistischen Privatwirtschaft grundsätzlich ihre Existenzberechtigung läßt, zugleich aber auch dem ständig wachsenden Kollektivinterresse der Gesamtheit Rechnung trägt.

Die Unterscheidung in bürgerliche und proletarische Parteien ist aus dem Unterscheidungsgebrauch der Vorkriegszeit in die Nachkriegszeit übernommen worden. Diese Bezeichnung der Parteien erscheint jedoch nur dann anwendbar, wenn man den kulturellen Gesamtcharakter der Parteien bezeichnen will, aber durchaus unglücklich, soweit man sie nach ihrem wirtschaftlichen Zielstreben einreihen will.

Will man die Parteien nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten ordnen, so muß man sie in privatwirtschaftliche und in gemeinwirtschaftliche oder sozialistische einteilen. Diese Unterscheidung trägt der Tatsache Rechnung, daß weite Kreise der Anhängerschaft bei den sogenannten bürgerlichen Parteien aus dem als Proletariat bezeichneten Milieu stammen — z. B.: Landarbeiter bei den Deutschnationalen, Industriearbeiter beim Zentrum — und umgekehrt ein ständig wachsender Prozentsatz bürgerlicher Elemente in den sogenannten proletarischen Parteien sein politisches Heimatrecht sucht.

Teilt man die Parteien in solche, die wirtschaftlich auf dem Boden der kapitalistischen Privatwirtschaft stehen — mit mehr oder weniger großen und unter verschiedenen Gesichtspunkten motivierten Einschränkungen — und in solche, die die Gemeinwirtschaft als Wirtschaftsordnung für Gegenwart und Zukunft erstreben, so bekommt man die folgende Gliederung: Von den zwei Parteien, die aus der Vorkriegszeit und durch das Chaos der Revolution hindurch ihre Namen, ihre Organisation, ihr Programm und ihre grundsätzlichen Ideen retteten, gehört die eine Partei, das Zentrum, in das Lager der privatwirtschaftlich orientierten, die andere, die Sozialdemokratische Partei in das Lager des Sozialismus. Diese beiden Parteien, gestützt auf eine durch gute Organisation und starke ideelle Bindung zusammengehaltene Anhängerschaft, können sich in der damaligen Zeit der Unruhe nur schwer dazu verstehen, neue programmatische Formulierungen festzulegen. Das Zentrum ersetzt sein aus dem Jahre 1871 stammendes Soester Programm erst im Jahre 1922 durch neue „Richtlinien". Diese Richtlinien bringen die alten Gedanken der Partei nur in neuer, zeitgemäßerer Fassung und daran anschließend eine Fülle von Einzelforderungen für alle Fragen des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Bei der Sozialdemokratie kommt es im Jahre 1921 zur Aufstellung eines neuen — des Görlitzer — Programmes.

Die Ereignisse, die im November 1918 und den folgenden Monaten über Deutschland hereingebrochen waren, bewirkten eine neue Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Ideen durch die Massen der Wähler und führten zu einer völligen Umschichtung, der die sich neu bildenden Parteien Rechnung zu tragen versuchten. Die Konservativen, stärkste Stütze von Thron und Altar, dankten angesichts der Staatsumwälzung vollkommen ab. Die Deutschnationalen, die an ihren Platz traten, waren keine Verfechter konservativer Ideen mehr, sondern beschränkten sich auf die Proklamierung agrarwirtschaftlicher Grundsätze, die von christlich-evangelischen und nationalen Gedanken ideologisch umrahmt sind. Einen Augenblick schien es damals, als ob im Lager des Liberalismus eine Einigung zustande kommen würde. Weniger grundsätzliche Differenzen in politischen und wirtschaftlichen Anschauungen als vielmehr persönliche Quertreibereien der Führer der einzelnen liberalen Gruppen verhinderten diesen Zusammenschluß. So entstand in Fortsetzung der Nationalliberalen Partei die Deutsche Volkspartei, die sich im Herbst 1919 in Leipzig ihre „Grundsätze" gab und in engerem Anschluß an die Freisinnigen, die Deutsche Demokratische Partei, die gleichfalls in Leipzig im Herbst 1919 ihr Programm formulierte. Die Wirtschaftspartei entstand erst 1921, unmittelbar nach dem Kapp-Putsch. Sie brauchte dann noch vier Jahre, um die Form zu finden, in der sie mit einem Programm die wirtschaftlichen Interessengegensätze innerhalb ihrer Mitgliederschaft ausgleichend zusammen zu fassen versuchte. Anfang 1919 gründete Adolf Hitler mit ungefähr zwei Dutzend Gesinnungsgenossen in München eine völkische Arbeiterpartei, aus der die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei erwuchs.

Im Lager der gemeinwirtschaftlichen Parteien standen neben den (Mehrheits)-Sozialdemokraten die Unabhängigen Sozialdemokraten, die sich in der Kriegszeit von der alten Partei gelöst hatten. Aus dem Kreise der Unabhängigen erwuchs um die Jahreswende 1918/1919 der von Liebknecht gegründete Spartakusbund, der sich zur Keimzelle der Kommunistischen Partei Deutschlands entwickelte.

Daneben entstanden im Laufe der Zeit unzählige Parteibildungen, Splittergruppen, die es manchmal zu ein oder zwei zufälligen Mandaten im Reichstag oder den Landesparlamenten brachten, die aber für die tatsächliche politische Entwicklung keinerlei Bedeutung hatten. Man kann neben den acht großen und größeren Parteien — Nationalsozialisten, Deutschnationale, Volkspartei, Wirtschaftspartei, Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten — noch ungefähr weitere 50 Parteibildungen in der Nachkriegszeit zählen.

Zu derselben Zeit, da die Parteien ihre Programme aufstellten oder erneuerten, beschloß die Nationalversammlung die neue Deutsche Reichsverfassung. Auch die Reichsverfassung kennt einen Abschnitt „Das Wirtschaftsleben", der den Schluß des zweiten Teiles „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen" bildet. Die Reichsverfassung von 1871 kannte einen solchen Abschnitt nicht und konnte ihn entsprechend ihrer Entstehung als einem Bündnispakt von Fürsten auch nicht haben. Die von der Nationalversammlung des Jahres 1848 in Frankfurt a.M. beschlossene Verfassung kannte einen Abschnitt „Grundrechte des deutschen Volkes", der dem oben genannten Abschnitt der Weimarer Verfassung, die ihn auch auf die Grundpflichten erweitert, entspricht. In dem Wirtschaftsabschnitt der Weimarer Verfassung wird die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen grundsätzlich anerkannt, jedoch die starke soziale Bindung des Individiums durch die Solidarität der Gesellschaft betont. Obwohl das Enteignungsrecht des Staates auf gesetzlicher Grundlage und sein Recht zur Ueberführung privatwirtschaftlicher Unternehmungen in Gemeineigentum ausgesprochen wird, ist doch der Gedanke der kapitalistischen Wirtschaft nicht dem einer sozialistischen Gesellschaftsordnung entgegen gestellt. Staatseingriffe in die Wirtschaft sollen im Grunde Ausnahmen sein, die private Initiative und das private Eigentum Grundlage der Wirtschaft bleiben. Derselbe Abschnitt der Verfassung enthält auch den wichtigen Artikel 165, der die Grundlage zum Betriebsrätegesetz und zur Schaffung eines Reichswirtschaftsrates gegeben hat. Dieser Artikel sieht neben den Betriebsräten nach Wirtschaftsgebieten gegliederte Bezirksarbeiterräte und einen Reichsarbeiterrat vor. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat sollen zur Erfüllung der gesamten wirtschaftlichen Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der sozialistischen Gesetze mit den Vertretungen der Unternehmer und sonstiger beteiligter Volkskreise zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat vereinigt werden. Für die Gestaltung dieser Körperschaften sollte die rechte Berücksichtigung der wichtigen Berufsgruppen entsprechend ihrer wirtschaftlicen und sozialen Bedeu-

tung ausschlaggebend sein. Durch das Betriebsrätegesetz wurde die unterste Organisationsstufe dieser Kammer bereits von der Nationalversammlung geschaffen. Von den anderen vorgesehenen Institutionen entstand nur noch der Reichswirtschaftrats in der Form des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Die Zwischeninstanzen wurden nie verwirklicht. Die Unterlassung des Aufbaues dieser in der Verfassung vorgesehenen Einrichtungen beweist das mangelhafte Interesse der Parteien und Wirtschaftsorganisationen an der Herstellung eines solchen Wirtschaftsorgans. In den Parteiprogrammen und den Auseinandersetzungen darum spielt dieser Aufbau auch tatsächlich eine nur nebensächliche Rolle. Nur in wenigen Fällen berufen sich die Parteiprogramme in einzelnen Fragen auf die Verfassung. Allein die Wirtschaftspartei stützt ihr Programm auf Artikel 164 der Verfassung (Schutz des Mittelstandes).

Betrachtet man die Programme der als privatwirtschaftlich zu bezeichnenden Parteien, so fällt die Gleichartigkeit des Inhalts und des Ausdrucks auf, in der sie die von ihnen erstrebte Wirtschaftsordnung fordern. Die Forderungen lassen sich in einen positiven und einen negativen Teil gliedern, wobei der Eindruck entsteht, daß der negative, der abwehrende Teil zur damaligen Zeit der stärker betontere ist. In dem positiven Teil wird Privateigentum und Privatwirtschaft als Grundlage der Wirtschaftsordnung gefordert. Sie erscheinen unerläßliche Voraussetzung für eine Wirtschaft, die ihre wichtigsten Impulse aus der Initiative einer Mehrheit von Einzelnen schöpft. Dabei soll die wirtschaftliche Initiative des Einzelnen allgemein dort ihre Grenze finden, wo das Interesse der Allgemeinheit und die Verpflichtung dieser gegenüber beginnt. Der negative Teil der Forderungen lehnt — mit schärfsten Formulierungen — jegliche Einschränkung der Unternehmerinitiative, jegliche Kommunalisierung, jegliche Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft, jegliche Sozialisierung ab.

Man muß sich, um diese Forderungen richtig zu werten, daran erinnern, daß damals die Idee der Sozialisierung und die Ideen einer planmäßig gestalteten Wirtschaft, die eine Einschränkung und Kontrolle des privaten Wirtschaftswollens herbeiführen wollte und sollte, die Oeffentlichkeit außerordentlich stark beschäftigten. Zur selben Zeit untersuchte eine eigens von der Reichsregierung eingesetzte Sozialisierungskommission die Möglichkeiten, unter denen einzelne Zweige der Wirtschaft aus dem privatwirtschaftlichen in einen sozialistischen Abschnitt überführt werden könnten. Aber die Privatwirtschaft hatte, mit ihrem Blick gesehen, nicht nur diese Gefahren abzuwehren, sie mußte auch danach streben, sich von der Zwangswirtschaft des Krieges, die sie in bis dahin unbekannte Fesseln geschlagen hatte, frei zu machen. Die Verfechter der freien Wirtschaft befanden sich in einer zweiseitigen Defensive gegen die Aufrechterhaltung der bestehenden Zwangswirtschaft und gegen die durch Sozialisierung oder Planwirtschaft drohende Gefahr einer Einengung des Spielraums der freien Wirtschaft. Das liberalistische Wirtschaftssystem befand sich in einem offenen Abwehrkampfe.

Interessant und teilweise in der Schärfe ihrer Formulierung verblüffend und unerwartet sind die vielfachen Kritiken am kapitalistischen Wirtschaftssystem, die von den Parteien, die es im Grunde befürworten, ausgesprochen werden. Man gesteht sehr wohl die Gefahren ein, die nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem an sich mit sich zu bringen braucht, die aber ein schrankenloser Großkapitalismus mit sich bringen kann. Der Deutschnationalen Volkspartei erscheint der Kapitalismus als eine zuweilen gefährliche Angelegenheit. Sie verurteilt daher den Kapitalismus als Weltanschauung. Sie verurteilt den Kapitalismus als die Lehre von der Internationalität der Wirtschaft, als Machtstreben des internationalen Spekulationskapitals. Sie verurteilt den Kapitalismus als Weltanschauung derer, die Wirtschaft betreiben nur um des Geldes willen. Die Partei sieht in der starken Kapitalzusammenballung in den Händen Einzelner Auswüchse des Kapitalismus, die dem Gemeinwohl schaden und auf das schärfste zu bekämpfen sind. Für sie kann der Kapitalismus nur dann als ein gesundes Element des Staatswesens betrachtet werden, wenn er auf einer breiten Grundlage ruht. Sie anerkennt das in der Produktion fest angelegte Kapital und das Sparkapital. Der Zinsgewinn, erzielt aus der Produktionsarbeit, soll als rechtmäßiger Gewinn angesehen werden, Spekulationsgewinn dagegen, der keine neuen Werte schafft sondern nur die sozialen Differenzen vertieft, erscheint ihr als zu bekämpfender Auswuchs.[1]) Die Arbeitnehmer der Volkspartei fordern wirksamen Schutz gegen unsoziale Ausbeutung ihrer Arbeitskraft durch arbeitsloses Kapital.[2]) Das Wirtschaftsprogramm der Demokraten ist bei aller Anerkennung der freien Wirtschaft, bei der Zustimmung zum Kapitalismus ein Dokument des Mißtrauens gegenüber jenen Kreisen, die in dieser Wirtschaft führen. Der Glaube, daß die Wirtschaft von sich aus die zum Schutz des Mittelstandes und der Arbeitnehmer notwendigen Maßnahmen treffen würde, ist geringer als die Furcht vor gegensätzlichen Bestrebungen der führenden Wirtschaftskräfte. Das Zentrum wünscht unter Ablehnung des Liberalismus „den politischen und kulturellen Gefahren einer Uebermacht des Kapitals weitschauend vorzubeugen."[3]) Und die Wirtschaftspartei will nichts von denen wissen, die „den Gedanken des persönlichkeitsfremden Kapitalismus vertreten"[4]). Bei den Nationalsozialisten finden sich alle diese Argumente verbunden wieder. Dazu noch das weitere, daß sich das Großkapital in artfremden Händen befinde und daher auch als volksgefährdend bekämpft werden muß.

Im Gegensatz zu diesen mehr oder minder theoretischen Bekenntnissen fällt in dieser Zeit aber auch schon eine sehr weittragende Entscheidung in der Frage sozialistische und Planwirtschaft oder freie

[1]) Dr. Oberfohren „Finanz- und Steuerpolitik" in „Der nationale Wille" S. 273 sowie politisches Handwörterbuch, Berlin 1928, S. 312/13.

[2]) Sozialpolitische Leitsätze der D. V. P., S. 3.

[3]) Richtlinien.

[4]) Görlitzer Richtlinien.

kapitalistische Wirtschaft. Diese Entscheidung fiel in der Auseinandersetzung um den Wissel-Möllendorffschen und die Rathenau-Pläne auf den Parteitagen der Sozialdemokraten und der Demokraten in den Jahren 1919 und 1920. Wissel ging von der Ueberzeugung aus, daß das Proletariat nicht nur 1918, „im Augenblick der Angststarre der Bourgeoisie" sondern auch auf absehbare Zeit hinaus nicht in der Lage sei, die wirtschaftliche Macht zu ergreifen, da „das Proletariat infolge des Mangels an Kenntnissen und Leistungsvermögen betriebstechnischer, organisatorischer und kaufmännischer Art, auch der Oberschicht des Proletariats, außerstande ist, die Führung der Produktion in die Hand zu nehmen".[1]) Auf der anderen Seite aber, so war seine Argumentation, kann auch die Bourgeoisie nicht mehr ohne Zuhilfenahme des Proletariats arbeiten. Beide Teile haben also ein Interesse daran, daß über den Weg der Arbeitsgemeinschaft von Bourgeoisie und Proletariat eine planmäßige Wirtschaft aufgezogen wird, anfangs auf dem Boden der Parität beider Partner, später, bei wachsender politischer Machtfülle des Proletariats unter Verschiebung des Einflusses zu dessen Gunsten.

Die Organisation einer solchen Planwirtsschaft sah er in der Vertrustung der wichtigsten Wirtschaftszweige, da die genossenschaftliche und kartellmäßige Leitung der freien Selbstbestimmung des Einzelnen in entscheidenden Fragen zu viel ungesunden Spielraum lasse und man daher durch die diktatorische, einheitlich zentrale Führung zur Ausschaltung der freien Selbstbestimmung des Einzelunternehmers gelangen müsse. Ueber die Gesamtheit der planmäßig organisierten Wirtschaftszweige sollte eine Spitze mit Reichswirtschaftsrat und oberster Wirtschaftsleitung wachen und dirigierend eingreifen. Die Rolle des Staates sollte sich, war das notwendige Gesetzgebungswerk erst einmal vollzogen, auf Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung beschränken. Sein Gegenspieler innerhalb der Partei, Robert Schmidt, der auch die Mehrheit der Partei hinter sich brachte, hatte für Wissels Planwirtschaft nur ironische Ablehnung.

Auf dem Nürnberger Parteitag der Demokraten im Jahre 1920 verfocht Walter Rathenau ähnliche Gedanken wie Wissel. Er lehnte es ab, die ungebnudene und zügellose Wirtschaft als freie Wirtschaft zu bezeichnen. Er wollte keine Zwangswirtschaft, wohl aber eine Durchdenkung und eine Ordnung. Rathenau wollte, daß das Wirtschaftsprogramm seiner Partei der deutschen Wirtschaft einen zielsetzenden Gedanken gäbe. Das Herausstellen eines neuen, großen Wirtschaftsgedankens sollte die Partei vor unausbleiblichem Konservatismus bewahren — der eintreten mußte, nachdem ihre politischen Forderungen zum mindesten formal erfüllt waren. Rathenau glaubte, daß bei der heutigen wirtschaftlichen und soziologischen Struktur Deutschlands, die Wirtschaft nicht sich selbst überlassen bleiben könne, sondern daß der Staat auf eine mit einer bestimmten Zielsetzung verbundene Wirtschaftspolitik, die nicht nur auf die Regulierung der

[1]) Rudolf Wissel, Die nächste Wirtschaftspolitik, S. 54 ff.

Tagesfragen sondern auf die Realisierung bestimmter großer Zukunftsziele gerichtet sein sollte, weisen müßte. Die Demokratische Partei hat diese Gedanken Rathenaus zwar mit Beifall angehört, sich aber nicht entschlossen, sie zu den ihrigen zu machen.

Bei den sozialistischen Parteien war die Kommunistische Partei erst im Entstehen. Sie nahm, nach einem schwächlichen Versuch eigener Programmatik, die Moskauer Parolen auf. Sie drängte auf Fortführung der Revolution mit dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats. Sie war die einzige deutsche Partei, die kein eigenes deutsches Parteiprogramm hatte, sondern die nur das Programm der Kommunistischen Internationale, der Komintern, kannte. Die neben ihr stehenden Unabhängigen stellten einen kaum orientierten, ohne wirkliche politische Führer dastehenden, revolutionäre Agitationsparolen diskutierenden Mitglieder- und Mitläuferhaufen dar. Bei den Mehrheitssozialdemokraten entstand mit der zeitlichen Fortentwicklung von der Revolution eine wachsende Unsicherheit in politischen und wirtschaftlichen Fragen. Aus den Mitgliederkreisen wurde der entschiedene Ruf nach einem neuen Programm laut, da das Erfurter Programm in seinen Nahzielen fast restlos erfüllt war, aber auch der grundsätzliche Teil Vielen als ergänzungs- und erneuerungsbedürftig erschien. Auf dem Parteitag in Görlitz im Jahre 1921 kam es zur Annahme eines neuen Programms, dessen wesentlichste Kennzeichen sind: fast völlige Aufgabe des Klassenkampfstandpunktes, Umwandlung der Arbeiterpartei in eine allgemeine Volkspartei, Ersetzung der Forderung nach Sozialisierung durch die nach Gemeinwirtschaft.

An die grundsätzlichen Darlegungen der wirtschaftlichen Programme schließen sich meist eine Reihe von Einzelforderungen und Versprechungen an, die verschiedenen Wirtschafts- und Berufskreisen gemacht werden. Vor allem die bürgerlichen Parteien, bestrebt möglichst weite Kreise der Bevölkerung für sich zu gewinnen, machen weitgehende Versprechungen an alle: an die Beamten, die Lehrer, die Frauen, die Jugend, an das Handwerk, an die Bauern, die Rentner, die Angestellten, die Mieter, die Kinderreichen, die Arbeiter usw.

Als die Parteien sich auf diesen Weg der Konzessionen und Versprechungen an einzelne Berufs- und Bevölkerungskreise begaben, taten sie zugleich den ersten Schritt zur Diskreditierung des parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems. Es war der erste Schritt auf dem Weg, der direkt in die Interessentenpolitik führte. Auf diese Weise wurden Verbände und Organisationen geradezu angeregt, die einzelnen Parteien zur Verfechtung ihrer Forderungen und zur Aufstellung ihnen genehmer Kandidaten zu veranlassen. Sie versprachen dafür, ihre mehr oder minder zahlreichen Mitglieder dann für die Partei zu mobilisieren. Das Listenwahlsystem ermöglichte es den Parteien eher als ein anderes Wahlsystem, diesen Wünschen nachzugeben. Das Ergebnis dieser Methoden zeigte sich bald in ganz unverhüllten Angeboten von Kandidaten und Geld durch alle möglichen Organisationen bei den einzelnen Parteien, sobald ein neuer Wahlkampf

bevorstand. Sie führten weiter dazu, daß sich im Laufe der Zeit ein für fast alle Parteien geltendes Schema für die Aufstellung von Kandidatenlisten bildete. Es stellte eine bunte Reihe dar, bei der einem Arbeitgeber ein Arbeitnehmer, einem Beamten ein Vertreter eines freien Berufes, einem Handwerker ein Landwirt usw. folgen mußte. Diese rein mechanische Kandidatenauslese hat bei der Wählerschaft, zu deren Werbung sie vorgenommen wurde, keinen Anklang gefunden, dem Reichstag aber, nicht ohne Recht, den Ruf einer Interessentenvertretung gebracht.

Anfangs will jede der Parteien als Volkspartei im weitesten Sinne des Wortes angesehen werden. Erst im Laufe der Auseinandersetzung um Wirtschaftsfragen entwickeln sie sich in solche, deren wirtschaftspolitischer Charakter mehr oder weniger einseitig zu erfassen ist. Die Deutschnationalen werden zu Vertretern agrarischer Interessen. Die Volkspartei wird durch ihre führenden Männer im Sinne der Industrie, vielleicht sogar der Schwerindustrie geführt, in der Demokratischen Partei finden sich Kreise des Handels, der freien Berufe und der Angestellten zusammen, die Wirtschaftspartei stützt sich auf die berufsständischen Organisationen von Handel und Gewerbe und den städtischen Grundbesitz. Das Zentrum versteht es seinen alten Charakter als Volkspartei in gewissem Umfang zu erhalten und Kreise aus allen Bevölkerungsschichten zu vereinen. Von den sozialistischen Parteien versuchte die Sozialdemokratie vorübergehend mit dem Görlitzer Programm ihren einseitigen Klassenstandpunkt aufzugeben und sich zu einer auf demokratischem Boden stehenden Partei aller Schaffenden umzubauen. Unabhängige und Kommunisten dagegen werfen neue Gräben zwischen marxistischer und bürgerlicher Weltanschauung auf, verfechten verschärft den Klassenkampf und lehnen jede Zusammenarbeit und jedes Zusammengehen mit dem Bürgertum ab.

In den Einzelforderungen, die die Parteien im Anschluß an den grundsätzlichen Teil ihrer Programme aufstellen, spielt bei den bürgerlichen Parteien die Sorge um den Arbeitnehmer eine besondere Rolle. Durchweg will man den Arbeitnehmer mehr als Menschen behandelt sehen, will ihn nicht nur als Ware Arbeitskraft werten und beklagt die Frohn einer unbeseelten Lohnarbeit. Man will seine materiellen Verhältnisse bessern und seine Existenz für Zeiten der Not durch soziale Maßnahmen, „soweit sich diese im Rahmen der Wirtschaft tragen lassen", stützen. Der Entpersönlichung des Arbeitsverhältnisses, die die immer weiter um sich greifende Vergesellschaftung im Wirtschaftsleben mit sich bringt, wünscht man durch eine finanzielle Interessierung des Arbeitnehmers an dem Werk, dem er seine Arbeit gibt, zu begegnen. So taucht in den Programmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Volkspartei, der Wirtschaftspartei und des Zentrums der Gedanke der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer auf. Der Arbeitnehmer soll auf diese Weise an dem Betrieb, in dem er arbeitet sachlich und auch persönlich wieder interessiert werden. Er soll sich nicht mehr nur als ungesicherter Lohn- oder Gehaltsempfänger sondern als Mitarbeiter und Mitbesitzer fühlen. Außerdem glaubt man auf diese Weise dem Gedanken des Klassenkampfes zu Gunsten der Idee der Arbeitsgemeinschaft zwischen

Arbeitgebern und Arbeitnehmern am besten entgegenwirken zu können. Die Demokraten dagegen wollten, den Gedanken Friedrich Naumanns folgend, die politische Demokratie durch die Wirtschaftsdemokratie ergänzt sehen.

Wie um die Arbeitnehmer bemühen sich auch alle bürgerlichen Parteien und die Nationalsozialisten um den Mittelstand und die Landwirtschaft. Die Forderungen der einzelnen Parteien unterscheiden sich anfänglich weder im Inhalt noch kaum in der Form. Erst in der späteren Periode treten wachsende Verschiebungen, vor allem bei den Fragen, die die Landwirtschaft betreffen, auf.

Die Sozialpolitik wird von allen Parteien als eine Notwendigkeit anerkannt. Ueber ihre Form und ihren Inhalt gehen allerdings die Meinungen weit auseinander. Das Zentrum will einen weitgehenden Ausbau der Sozialpolitik mit dem Ziel eines Wohlfahrtsstaates. Demokraten und Volkspartei wollen die Sozialpolitik nur unter Berücksichtigung der Tragfähigkeit der Wirtschaft geführt wissen. Deutschnationale und Wirtschaftspartei sehen in der Sozialpolitik eine Notwendigkeit, die jedoch auf ein Minimum eingeschränkt werden soll. Das Versicherungswesen erscheint ihnen falsch, sie erstreben statt dessen ein Zwangssparsystem und die Wiedereinführung der Bedürftigkeitsfrage. Die Nationalsozialisten dagegen fordern in Konsequenz der Brechung der Zinsknechtschaft die Einführung einer allgemeinen Altersversicherung für alle Volksgenossen von 60 bis 65. Lebensjahren an.

In den Fragen der Arbeitszeit und des Arbeitsrechts sind Demokraten, Volkspartei, Zentrum und Nationalsozialisten eher zu einer Neuordnung bereit als Deutschnationale und Wirtschaftspartei. Die beiden letzteren verfechten mit den Nationalsozialisten den Gedanken der Einführung einer Arbeitsdienstpflicht, den die übrigen Parteien ablehnen.

Zoll- und handelspolitische Fragen stehen ganz im Hintergrund, da Deutschland durch die Versailler Bestimmungen die Zollhoheit genommen und erst 1925 wieder gegeben wurde.

Für die Finanzpolitik finden sich bei allen nichtmarxistischen Parteien zwei wesentliche Grundsätze: 1. alle Steuern sollen nur aus den Erträgnissen der Wirtschaft gezogen werden und 2. die Steuern sollen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt bleiben, damit eine genügende Kapitalbildung möglich ist. Den Sozialdemokraten sind Forderungen an den Gegenwartsstaat kleine Schritte auf dem Weg zum großen sozialistischen Ziel. Dementsprechend gestalten sie insbesonders die finanz- und sozialpolitischen Forderungen.

Aber im Grunde genommen kommt es in diesem Zeitabschnitt nur zu einem Anschneiden all dieser wichtigen Fragen und nicht zu einem Vollenden. Denn inzwischen beginnt in immer stürmischerem Tempo die Welle der Inflation über Deutschland hereinzubrechen. Alle Vorstellungen, alle Begriffe werden verwirrt, jede systematische Behandlung wirtschaftlicher Fragen unterbunden. „Die Waffe der Inflation" erweist sich wirtschaftlich und politisch als gleich furchtbar. Die Programm- und Ent-

schlußlosigkeit der Sozialdemokraten innerhalb der ersten Jahre der Nachkriegszeit führt nicht nur zu einer Spaltung des Proletariats sondern zum schnellen Heranwachsen des Kommunismus. Zugleich dient die Inflation dem Großkapital zur Befestigung seiner Macht. Die Inhaber der wirtschaftlichen Gewalt, die Besitzer der in den großen Industriebetrieben zusammengefaßten Produktionszweige werden zu wirtschaftlichen und politischen Bestimmern der Zeit. Hugo Stinnes ist sichtbarste Verkörperung dieser Entwicklung.

Die Entwicklung der Programmbildung innerhalb des Zeitraums von ungefähr 1925 ab.

Mit dem Ausgang des Jahres 1923 endigt die Periode der Inflation. Eine feste Währung und die damit der Wirtschaft geschaffene neue Basis geben den Parteien die Gelegenheit, die Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung zu überprüfen. Die Konsolidierung der Währung ruft vorerst eine Wirtschaftskrise hervor, die zur Fortsetzung der in der Inflationszeit begonnenen organisatorischen und technischen Neuordnung der Wirtschaft führt. Die großen, auf der Initiative von Einzelnen beruhenden Wirtschaftskonzerne und Trusts zerfallen und werden durch Gesellschaftsorganisationen ersetzt. Die Entwicklung der Trusts, Kartelle und Konzerne, im Kriege begonnen, in der Inflationszeit fortgesetzt, nimmt nunmehr eine weitere durch die Rationalisierung bedingte Entwicklung. Diese Konzentrationsbewegung erfährt eine für die Selbständigkeit der Klein- und Mittelbetriebe gefährliche Ausdehnung.

Als wichtigstes Moment steht für die privatwirtschaftlich-kapitalistischen Parteien im Mittelpunkt wirtschaftlicher Betrachtungen die Feststellung, daß die kapitalistisch-liberalistische Wirtschaftsordnung nicht mehr wie bis zum Kriege die allein dastehende ist, sondern sich auch anders gearteten Wirtschaftsordnungen gegenüber sieht. In Italien baut der Faschismus in der Form einer syndizierten Privatwirtschaft ein neues Wirtschaftssystem auf, in dessen Rahmen langsam und vorsichtig der Versuch gemacht wird, ständische Wirtschaftsorganisation im Rahmen der modernen Wirtschaft zu verwirklichen. Der Sozialismus, vor dem Kriege als reine Wirtschaftsutopie bezeichnet, gilt für viele als in Rußland verwirklicht.

Diese von außen eindringenden Ideen stoßen auf eine in ihren Grundlagen vollkommen veränderte deutsche Wirtschaft. Dies gilt sowohl für die Wirtschaft der öffentlichen Hand wie für die Wandlungen innerhalb der soziologischen Struktur der deutschen Wirtschaft.

Ein Blick auf die Etats der öffentlichen Wirtschaft zeigt, zuerst in welch ungeheurem Maß die öffentliche Hand die Erträgnisse des Volkseinkommens mehr absorbiert und beeinflußt als in der Vorkriegszeit.

Die wirtschaftliche Tätigkeit von Reich, Ländern und Gemeinden ist zwar im Verhältnis zur Vorkriegszeit gewachsen, trotzdem nimmt sie im Rahmen der Gesamtwirtschaft noch keinen überragenden oder bestimmenden Platz ein. Selbst bis zum Jahre 1930 beträgt die Gesamtziffer der in gemischt- und gemeinwirtschaftlichen Betrieben von Reich, Ländern und Gemeinden usw. Beschäftigten nur ungefähr 7 % aller Erwerbstätigen. Dabei entfiel der Großteil dieser Erwerbstätigen auf die Verkehrsunternehmungen. Hier allerdings ist der Einfluß der Privatwirtschaft auf ein Minimum zurückgedrängt. 90 % der in diesem Erwerbszweig Tätigen sind in den gemischt- oder gemeinwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt. Aehnlich liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung. Von insgesamt 7100 Betrieben sind 1400 öffentlich, 5612 privat. Somit sind also $^4/_5$ der Betriebe privatwirtschaftlicher, nur $^1/_5$ öffentlich rechtlicher Art. Betrachtet man jedoch die Leistungsfähigkeit der Werke, so zeigt sich, daß $^3/_5$ der Gesamtproduktion an elektrischer Energie von den öffentlichen und nur $^2/_5$ von den privaten geliefert wird. Aehnlich liegen die Verhältnisse auch bei den anderen sogenannten lebenswichtigen Betrieben. Darüber hinaus ist allerdings die wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand ganz im Gegensatz zu den immer wieder auftauchenden gegenteiligen Behauptungen relativ gering.

Viel einschneidender als diese wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand ist die durch die Ausdehnung der Sozialpolitik und die Durchführung der Erfüllungspolitik hervorgerufene Vervielfältigung des Finanzbedarfs der öffentlichen Hand. Erst nach Ueberwindung der letzten Auswirkungen der Inflation konnte wieder eine geordnete Steuerstatistik aufgebaut werden. Die Statistik für das Jahr 1927/28 schloß mit einem Gesamtetat von ungefähr 23 Milliarden ab. Ist diese Summe, zum Volkseinkommen in Relation gesetzt, schon erschreckend hoch, so muß die Art ihrer Verteilung noch bedenklicher stimmen. Ueber einen Betrag von 3 Milliarden Mark, der für Kriegstribute und Zinsendienst bezahlt werden mußte, hatte Deutschland überhaupt keine Verfügung. Die übrigen 20 Milliarden verteilten sich in ihren Ausgaben wie folgt:

Sozialversicherung	6,000	Milliarden	Mark
Kriegsbeschädigtenfürsorge . .	1,400	„	„
Wohlfahrtspflege	1,300	„	„
Wohnungswesen, Hauszinssteuer	1,000	„	„
Gesundheitswesen	0,500	„	„
Beamtenpensionen usw. . .	1,900	„	„
Beamtengehälter	5,250	„	„

Diese Aufstellung zeigt, daß über 80 % aller öffentlich-rechtlichen Ausgaben, auf die man Einfluß nehmen kann, für soziale Zwecke und Gehälter benötigt wurden. Der Rest von 3 Milliarden wurde verwandt für Unterstützungen an Industrie und Landwirtschaft und für Sachausgaben, für kulturelle Zwecke und Verwaltung. Eine weitere Ergänzung bekommt das Bild, wenn man die Zahl derjenigen feststellt, die im Herbst 1930 aus öffentlich-rechtlichen Mitteln Renten und Unterstützungen

erhielten. Unter Einschluß der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen ergibt sich folgende Aufstellung:

Arbeitslose	5,2	Millionen Menschen
Rentner aus Invaliden-, Angestellten-, Knappschaftsversich.	3,8	„ „
Kriegsbeschädigte	3,4	„ „
Wohlfahrtspflege	1,5	„ „
Unfallrentner	1,0	„ „
Pensionäre	1,0	„ „

Abzüglich der Doppelzahlungen verblieben gut 12 Millionen Menschen oder nahezu 20 % der deutschen Gesamtbevölkerung, die Zuwendungen aus öffentlich-rechtlichen Mitteln erhielten. Diese Zahl war dabei in Wahrheit wahrscheinlich noch zu gering, weil bei der Annahme von nur einer Million Rentenbeziehern auf den Kopf 1900.— RM. Jahresbezüge entfallen würden, was ohne Zweifel zu hoch geschätzt ist, sodaß die Zahl der Bezieher wohl mehr als eine Million betragen muß.

Von den Ausgaben der Sozialversicherung entfielen etwa 40—45 % nicht auf Renten und Unterstützungen sondern auf Aerztehonorare, Berufsberatung, wertschaffende Arbeitslosenfürsorge, Verwaltung usw., sodaß auf Renten und Unterstützungen in der gesamten Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosen und Kranken etwa 3,5 Milliarden Mark entfielen, während Beamtenpensionäre, Kriegsbeschädigte und Kleinrentner, die nicht sozialversicherungspflichtig sind, etwa 3¾ Milliarden Mark an Renten und Unterstützungen bezogen. Ueber diese Ausgaben verfügten das Reich, 17 Länder, über 50 000 Gemeinden, 7500 Krankenkassen, 106 Berufsgenossenschaften, 35 Invalidenversicherungsanstalten usw.!

Das statistische Reichsamt schätzte für die gleichen Jahre das deutsche Volkseinkommen auf 69—70 Milliarden Mark. Bei einem öffentlichen Bedarf von 23 Milliarden Mark flossen also rund 33 % allen Volkseinkommens in die öffentlichen Kassen zurück. Diese Zahlen sind sichtbarer Ausdruck der politischen und sozialen Auswirkungen der Kriegs- und Inflationszeit.

Aber selbst mit diesen schwerwiegenden Eingriffen der öffentlichen Hand in den Gesamtetat der deutschen Wirtschaft ist das letzte Moment wirtschaftlicher und sozialer Wandlung noch nicht aufgezählt. Das Bild wird erst vollständig, wenn man noch einen Blick auf die Wandlungen innerhalb der Berufsklassen und auf die Verschiebung der Einkommensschichtungen wirft. Die Berufszählung von 1925 zeigt eine Fortsetzung jener Entwicklung, die seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts im Gange ist. Das Tempo dieser Entwicklung hat sich zwar verlangsamt, die Tendenz ist aber dieselbe geblieben. Danach ist der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten wiederum gesunken. Industrie und Handwerk weisen ebenso wie Handel und Verkehr und das unter der Auswirkung der ausgedehnten Sozialpolitik ständig vergrößerte Gebiet des Gesundheitswesens und der Wohlfahrtspflege wachsende Anteile an der erwerbstätigen Bevölkerung auf. Angestellte, Beamte, Arbeiter und

Hausangestellte umfassen beinahe ⅘ der Erwerbstätigen. Nur noch 17,3 % gehören zu den Selbständigen, deren Zahl allerdings fast konstant ist, was wohl auf die gleichbleibende Ziffer in der Landwirtschaft zurückzuführen ist. Wichtiger noch als diese Veränderungen sind die Verschiebungen innerhalb der Einkommensverhältnisse der Bevölkerung. Das Statistische Jahrbuch hat im Jahre 1930 zum ersten Male eine Gesamtübersicht über das deutsche Volkseinkommen und seine Verteilung auf einzelne Einkommensstufen zusammengestellt. Danach betrug die Summe der Privateinkommen:

	1913	1929
	(in Milliarden Mark)	
altes Reichsgebiet	48,9	
neues Reichsgebiet	43,5	67,7—69,3

In diesen Zahlen ist Vorkriegsmark und Nachkriegsmark ohne Berücksichtigung der Kaufkraft gleichgesetzt. Trotzdem ergeben sich schon aus den Einzelheiten dieser Aufstellung außerordentliche Aufschlüsse über die Einkommensverschiebung innerhalb der einzelnen Berufsschichten. Auf die Landwirtschaft entfiel im Jahre 1913 ein Einkommensanteil von 5,1—6,1 Milliarde Mark. Dieser Anteil ist bis zum Jahre 1929 auf 3,4—3,6 Milliarden Mark zusammengeschrumpft. Ein Vergleich beim Einkommen aus Handel und Gewerbe zeigt ein Anwachsen von 10—11 Milliarden auf 13,1—13,3 Milliarden Mark. Ist die Einkommensverschiebung schon bei der Landwirtschaft außerordentlich, so wird sie in ganz überraschender Weise noch von den Veränderungen beim Einkommen aus Lohn und Gehalt der nichtselbständigen Arbeiter und Angestellten übertroffen. Für 1913 wird diese Einkommensziffer mit 20—21 Milliarden, für 1929 mit 44—45,5 Milliarden ermittelt. Das Einkommen aus Alters-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Arbeitslosenrenten wächst von 0,4—0,5 auf 2,6—2,7 Milliarden Mark an.

Selbstverständlich geben diese Ziffern wegen der Verschiedenwertigkeit der Mark nur ein unvollkommenes Bild. Das statistische Reichsamt hat sich daher bemüht, diese Fehlerquelle zu beheben und eine zweite Uebersicht aufgestellt, bei der die Kaufkraft der Mark aus dem Jahre 1925 zugrunde gelegt ist. Erst jetzt läßt sich die Umschichtung der Einkommen in ihrer ganzen Größe erkennen. Es zeigt sich, daß das gesamte Volkseinkommen im neuen Reichsgebiete seit dem Jahre 1925 unter Zugrundelegung der verminderten Kaufkraft der Mark meist erheblich geringer ist als im Jahre 1913. Nur in den Jahren 1928 und 1929 wird der Kaufkraftstand von 1913 erreicht bezw. leicht überschritten. Die vorhanden gewesene Tendenz zum Aufstieg wurde durch die Weltwirtschaftskrise gebrochen. Legt man den Maßstab der relativen Einkommenziffern an die Einkommen der verschiedenen Gruppen, so ergibt sich eine anfangs kaum für glaublich zu haltende Verschiebung. Nach dieser Umrechnung wäre für die Landwirtschaft im Jahre 1913 ein Einkommen von 8,5 Milliarden Mark einzusetzen gewesen. Das Einkommen von 1929 beträgt jedoch nur 3,1—3,3 Milliarden. Das Einkommen aus Handel und Gewerbe sinkt von 13,9—15,3 auf 11,9—12,1. Gestiegen dagegen sind Einkommen aus Renten, Löhnen und Gehältern.

Das Renteneinkommen (Alters-, Unfall-, Invaliden- usw. Renten) wächst von 0,6—0,7 auf 2,4 Milliarden, also um fast 300 % an. Die Einkommen aus Lohn und Gehalt vermehren sich von 28,0—29,8 auf 40,4—41,3 Milliarden Mark. Der zeitweilig gegenüber 1913 erreichte Zuwachs an Volkseinkommen wächst also ausschließlich den beiden letzten Gruppen zu und greift noch weit darüber hinaus die Einkommensquote von Handel, Gewerbe und Landwirtschaft an.

Ein ähnliches Bild zeigt die Einkommensschichtung. Im Jahre 1913 hatten insgesamt 396 000 Personen — 16 auf 1000 Einkommensbezieher — ein Einkommen von mehr als 6000 Mark im Jahr. Ihr Gesamteinkommen mißt 7,8 Milliarden Mark. Im Jahre 1926 gehören in diese Gruppe nur noch 267 000 Personen, — oder 9 auf 1000 Einkommenbezieher —, deren Gesamteinkommen nur noch 5,5 Milliarden Mark beträgt. Weit erschütternder aber ist der Ueberblick über das Verhältnis der untersten Einkommensklassen von 0—1200 und von 1200—3000 Mark. Von 29,7 Millionen insgesamt Lohnsteuerpflichtigen, veranlagten und steuerfreien natürlichen Personen gehören 27,98 Millionen (18,49 bezw. 8,48 Millionen) in diese beiden untersten Klassen, die restlichen 1,27 Millionen verteilen sich auf alle übrigen Einkommensklassen bis 100 000 Mark.

Vor uns tut sich das Bild einer Einkommensverschiebung auf, wie sie sich wohl selten innerhalb einer Wirtschaft im Verlaufe von $1^1/_2$ Jahrzehnten vollzogen hat. Daß diese Einkommensverschiebung auf die Dauer nicht ohne Einfluß auf die politischen Bewegungen sein konnte, erscheint klar.

Die Strukturwandlungen der Wirtschaft, die Verschiebung der Einkommensverhältnisse blieben auch nicht ohne Einfluß auf die Haltung jener für die bürgerlichen Parteien so wichtigen Schicht des Mittelstandes. Der alte Mittelstand aus „Bildung und Besitz" war durch die Inflation fast ganz vernichtet. Der Mittelstand aus Handwerk, Gewerbe und den freien Berufen war in seiner Existenz gefährdet. Gesicherter ist noch die Lage der mittleren und oberen Beamtenschaft und die der mittleren und leitenden Angestellten. Von allen Berufsschichten hat die letztere als Folge des wirtschaftlichen Umbaus den relativ größten Zuwachs erhalten. Innerhalb der großen organisierten Betriebe entstand eine zum Teil aus dem Akademikerstand hervorgegangene qualifizierte Angestelltenschicht, die die Produktionsleitung, Forschung, Verwaltung direktiv beeinflußt. Diese Schicht wächst mit der Zunahme der Vergesellschaftung und Organisierung der Produktionszweige. Dieses Industrie- und Wirtschaftsbeamtentum wird immer mehr ein gewichtiger Faktor innerhalb des Mittelstandes.

Diese Feststellungen soziologischer Art lassen sich auch später machen, als ein anderes, die Entwicklung der Wirtschaftspolitik grundlegend beeinflussendes Moment, dessen Bedeutung vielfach garnicht im vollen Maße erkannt wurde, in Funktion tritt:

Mit dem Jahre 1925 beginnt schließlich wieder eine neue Aera zoll- und handelspolitischer Verhandlungen. Im Anfang des Jahres hatte Deutschland seine Zollhoheit wieder erlangt. Bei den Mitte des Jahres

beginnenden Zollverhandlungen gewähren zwar alle Parteien der Reichsregierung umfangreiche Zollsätze, damit sie Verhandlungsmöglichkeiten habe. Zur gleichen Zeit setzt aber auch der in der Vorkriegszeit so heftige Kampf um die Richtlinien der deutschen Zollpolitik ein.

Vor dem Hintergrund dieser gewaltigen Tatsachen beginnt der Kampf um die Neugestaltung der deutschen Wirtschaft. Auf zwei verschiedenen Ebenen, die sich jedoch in vielen Gebieten überschneiden, wird dieser Kampf um die zukünftige Wirtschaftsgestaltung geführt. Das eine Mal ist es das Gebiet freie, private, kapitalistische oder gebundene, planmäßige, sozialistische Wirtschaft, ein Kampfgebiet, auf dem es vielfache Variationen gibt. Das andere Mal kämpfen die Verfechter liberalistischer Wirtschaftsauffassung für weitere Verflechtung Deutschlands in Weltmarktproduktion und Welthandel gegen die agrarischen Forderungen nach Autarkie und Binnenmarktpolitik. Es ist ein gewaltiger Kampf, in seinem Ausgang von schicksalhafter Bedeutung für die deutsche Zukunft.

Gegenüber all diesen Tatsachen versagen die alten Parteiprogramme vollkommen.

Im Lager der die Privatwirtschaft vertretenden Parteien sieht man allmählich ein, daß Programmformulierungen, insbesonders aber solche wirtschaftlicher Art, auf anderer Basis vorgenommen werden müssen als bisher. Man erkennt, daß es auf die Dauer unmöglich ist Programme aufzustellen, die bestenfalls den defensiven Gedanken der Verteidigung der Privatwirtschaft aufstellen, die aber dabei Schwächen des kapitalistischen Systems zugeben müssen, und die, statt diese Schwächen durch eine organische Struktur beseitigen oder wenigstens mildern zu wollen, sich damit begnügen, nach wie vor Einzelforderungen, die meist ganz zusammenhanglos sind, zu erheben. Von dieser Erkenntnis bis zur Verwirklichung ist allerdings noch ein weiter Weg. Jedenfalls ist bei diesen Parteien seit 1925 deutlich ein Ringen um geschlossene Darlegungen einer erstrebenswerten Wirtschaftsordnung vorhanden.

Die neue Periode der Programmentwicklung eröffnen die Sozialdemokraten, die sich 1925 in Heidelberg ein neues Programm geben. Im Gegensatz zu dem Versuch des Görlitzer Programms rückt der Klassenkampfstandpunkt wieder in den Mittelpunkt. Es ist im Grunde genommen ein den neuen Verhältnissen angepaßtes Erfurter Programm, mit dem es ganze Sätze und den Verfasser, Karl Kautsky, gemeinsam hat. Die Wirtschaftspartei bringt zu Beginn des gleichen Jahres ihr seit langem fälliges, einzig durch eine außerordentlich reaktionäre Gesinnung auf dem Gebiete der Sozialpolitik gekennzeichnetes Programm heraus. Die Volkspartei ergänzt ihr Programm durch „Gegenwartsforderungen" im Jahre 1926. Das Zentrum nimmt mit einem Referat von Reichskanzler a. D. Marx 1925 und im Vortrage Professor Dessauers über eine kooperative Wirtschaft 1928 die Diskussion wirtschaftlicher Programmfragen wieder auf. Bei der Demokratischen Partei wird von Dr. Stolper im Jahre 1929 ein umfangreiches Wirtschaftsprogramm vorgelegt. Die Kommunistische Partei erhält mit dem 1928 beschlossenen Programm der

Kommunistischen Internationale endgültig ihre Weisungen aus Moskau. Neben die Wirtschaftspartei, die in diesem Zeitraum Erfolge errungen hat, tritt als zweite sogenannte ständische Partei, die agrarische Landvolkpartei, die im Februar 1928 gegründet wird.

Im Rahmen dieser Auseinandersetzungen treten die agrarwirtschaftlichen Forderungen und Interessen stärker in den Vordergrund als es im ersten Zeitabschnitt auch nur annähernd der Fall war. Zeitweilig überschatten sie die Auseinandersetzungen über die Frage der Wirtschaftsform. Die Deutschnationalen führen in diesen Auseinandersetzungen durch die agrarpolitischen Reformpläne Schieles und später durch das agrar- und wirtschaftspolitische Programm Hugenbergs. Die Demokraten stellen 1927 ein umfangreiches Bauernprogramm auf. Die Sozialdemokraten bringen im gleichen Jahr ein Agrarprogramm fertig, über das die Partei bis dahin überhaupt nicht verfügte. Das internationale kommunistische Programm behandelt in einem umfangreichen Teil landwirtschaftliche Fragen; die deutsche kommunistische Partei ergänzt es durch Herausgabe eines besonderen Agrarprogramms 1931. Das Zentrum betont in seiner Agitation die landwirtschaftlichen Fragen mehr denn bisher. Im März 1930 veröffentlichen die Nationalsozialisten ihr Agrarprogramm.

In allen Programmen ist die Forderung nach Ausdehnung der Siedlung, insbesonders in den Grenz- und Ostmarken, fast gleichlautendes Verlangen. Auch die Schichten, für die die Siedlung bestimmt sein soll, werden in allen Programmen fast gleichartig angegeben, Landarbeiter und nachgeborene Bauernsöhne sollen Möglichkeiten finden, sich in den dünn bevölkerten Grenzgebieten eine bodenständige Existenz zu schaffen. In ihren sonstigen Forderungen dagegen gehen die Agrarprogramme der einzelnen Parteien erheblich auseinander. Denn diese agrarpolitische Programmproduktion ist sichtbarster Ausdruck der schwierigen Lage der deutschen Landwirtschaft, zu deren Abstellung naturgemäß die verschiedensten Wege vorgeschlagen werden.

Mittelparteien und Sozialdemokraten wollen der Landwirtschaft in erster Linie durch wissenschaftliche und schulungsmäßige Förderung, durch steuerliche Erleichterungen und finanzielle Beihilfen helfen. Die Zollpolitik betrachten sie als ein unvollkommenes Hilfsmittel, dessen Anwendung sie daher auch widerstreben.

Kommunisten, Nationalsozialisten, Landvolk und Deutschnationale dagegen wollen die Agrarpolitik zum Werkzeug der Umgestaltung der ganzen Wirtschaftspolitik Deutschlands machen. Die Kommunisten wollen die restlose Enteignung des Grund und Bodens, die Nationalisierung. Nationalsozialisten, Deutschnationale und Landvolk dagegen sprechen der Landwirtschaft die höchste Bedeutung von allen Wirtschaftszweigen zu und verlangen eine entsprechende Stellung für die Landwirtschaft. Die Stärkung des Binnenmarktes, was ihnen mit einer Förderung der Landwirtschaft gleichbedeutend ist, erscheint ihnen das einzige verantwortliche Ziel nationaler Volkswirtschaft. Die starke Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit der Weltwirtschaft bezeichnen

sie als eine Schwäche, die zu beheben Aufgabe jeder nationalen Politik sein muß. Staat und Wirtschaft sollen sich wieder selbst genügen. So vereinigen sich bei ihnen merkantilistische und physiokratische Vorstellungen zu einer Art Neophysiokratismus, der im Nährstand den bei weitem wichtigsten Tragpfeiler aller Wirtschaft sieht. Sie fordern daher grundsätzlich hohe Zollmauern zum Schutz für alle Agrarprodukte und sehen in der aus solchen Maßnahmen zwangsläufig resultierenden Erhöhung der Zollwände anderer Länder gegenüber deutschen Industrieprodukten keine Gefahr für die deutsche Wirtschaft. Ihr Ziel ist, zwischen Landwirtschaft und Industrie einen solchen Ausgleich zu schaffen, daß die deutsche Landwirtschaft in der Lage ist, die gesamten Ernährungsbedürfnisse der eigenen Bevölkerung zu befriedigen, während die Industrie den technischen und sonstigen Bedarf des Binnenmarktes deckt, sich aus dem Gefüge der Weltwirtschaft weitgehend löst und die Produktion für den Weltmarkt nicht mehr als ihre große und erste Aufgabe ansieht. Ein autonomes, in seiner Wirtschaft ganz auf sich selbst gestelltes nationales Wirtschaftsgebilde ist ihr Ideal.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß von dieser agrarpolitischen Gedankenführung eine starke Wirkung ausgeht, die sich in ihrer Wirkung auch auf Anhänger der Mittel- und Linksparteien erstreckt. Zwar ist man hier mit der Herstellung eines autarken Wirtschaftssystems keineswegs einverstanden, sondern hält solche Gedanken für gefährlich und ihre Verwirklichung für unmöglich. Aber die stets steigenden Absatzschwierigkeiten auf den Weltmärkten, die durch ständig wachsende Krisen immer risikovoller werdende Produktion für den Weltmarkt, die Vorstellung, daß diese Produktionsmöglichkeit durch die Industrialisierung europäischer und überseeischer Agrarländer in absehbarer Zeit weiter eingeschränkt sein könnte, gibt auch bei ihnen dem Gedanken einer Stärkung des Binnenmarktes auf dem Wege über Siedlung und Landwirtschaft genügend Anreiz.

Sind die Deutschnationalen Vorkämpfer einer unbedingten Binnenmarktpolitik, so findet man die programmatisch schärfsten Formulierungen für eine bevorzugte Industrie- und Weltmarktpolitik bezeichnender Weise bei der Deutschen Volkspartei, der politischen Interessenvertretung großer Kreise der deutschen Schwerindustrie, der Großschiffahrt und des Groß- und Ueberseehandels. Sie verlangt ausdrücklich, daß „Wirtschafts-, Handels- und Zollpolitik auf die Lebensnotwendigkeiten und die gesunde Entwicklung der Industrie sorgfältige Rücksicht nehmen." Sie erklärt sich als schärfster Gegner jeder protektionistischen Handelspolitik. Sie kämpft gegen die Erhöhung der Zollschranken, anfangs auch in Bezug auf die Agrarproduktion. Sie lehnt den nationalen Boykott gegenüber der Einfuhr aus bestimmten Ländern als eine besondere Ausarfung des Protektionismus selbst da ab, wo er nur in der milden Form einer besonderen Propaganda für den Verbrauch nur nationaler Waren, also ohne Spitze gegen ein bestimmtes Land auftritt. Sie sieht auch weiter in der Einfuhrdrosselung zur Erreichung einer günstigen Handelsbilanz ein verfehltes Mittel, verfehlt deshalb, weil ein Kulturvolk nicht stark in seinem Konsum zurückgedrängt werden kann, ohne daß auch eine Min-

derung der Arbeitsleistung eintritt und weiter, weil sich auch im internationalen Handelsverkehr Leistung und Gegenleistung bedingen und ausgleichen müssen.

Der Gedanke, den Binnenmarkt mehr denn bisher als Rückgrat der gesamten Wirtschaft zu betrachten, spielt aber nicht nur bei den Wirtschaftsideen der Nationalsozialisten und Deutschnationalen eine Rolle, sondern findet sich auch zum Teil bei den Bestrebungen, die eine gewisse Organisierung der Wirtschaft erstreben. Der Gedanke der Planwirtschaft, die Idee einer sich selbst organisierenden Wirtschaft taucht unter dem Druck der Wirtschaftskrise, die ein Versagen des wirtschaftlichen Liberalismus zu beweisen scheint, wieder auf. Vielfach glaubt man, daß bei der ständigen Fortentwicklung der Wirtschaft vom allein wirtschaftenden Unternehmer zur kollektivistischen Zusammenfassung in mehr oder weniger zweckbegrenzten Unternehmerorganisationen bis zur Planwirtschaft ein direkter, anscheinend nicht mehr abzuändernder Weg führt. Man glaubt aber auch, daß der richtige Weg nur eingeschlagen wird, wenn der Staat diesen Weg weitgehend absteckt und sozusagen wegweisend eingreift. Ein solches Eingreifen des Staates sei notwendig, wolle der Staat nicht seine Autorität gegenüber der sich machtvoll organisierenden Wirtschaft verlieren und ein Spielball oder Opfer der Wirtschaft oder der Interessentenverbände werden. Die Nationalsozialisten verfechten mit besonderer Betonung dieses Primat des Staates gegenüber der Wirtschaft.

Die anscheinende Zwangsläufigkeit der kollektivistischen Entwicklung der Wirtschaft hat alle Parteien zu einer Neueinstellung gegenüber dem Problem der Trusts, Kartelle und Monopole gebracht. Anstelle des Verlangens nach Beseitigung, Bekämpfung, Verhinderung dieser Wirtschaftsgebilde ist die Forderung nach ihrer Kontrolle getreten, die jedoch nach den Forderungen aller Parteien bei den Monopolen besonders scharf sein und zur Prüfung der Frage ihrer Verstaatlichung führen soll. Die Agrarparteien verlangen sogar den Aufbau von Preis- und Marktkartellen und die Schaffung von Monopolen zur Regulierung der Einfuhr von Agrarprodukten. Die Vorstellung einer organisierten Wirtschaft ist daher überall lebendig und liegt allen neuen wirtschaftlichen Ideen zu Grunde.

Neben den neophysiokratischen Gedanken, wie sie oben schon geschildert wurden, ist auf der Rechten und bei den Nationalsozialisten noch die Idee des Ständestaates Gegenstand vieler Untersuchungen.

Der ständische Gedanke hat in der Verfassungs- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands bis in die jüngste Zeit hinein eine weit größere Rolle gespielt, als gemeinhin angenommen wird. Freiherr vom Stein wollte eine ständische Verfassung, Bismarck gedachte neben dem politischen Parlament ein ständisches Wirtschaftsparlament zu schaffen. Noch während des Weltkrieges, als die Umgestaltung der preußischen Verfassung geplant war, tauchte die Frage eines ständischen Charakters auf. Und letzten Endes ist die in der Weimarer Verfassung vorgesehene Einrichtung eines Reichswirtschaftsrates Verkörperung ähnlicher Vorstellungen.

Bei der Ständefrage muß man eine verfassungsrechtliche und eine wirtschaftspolitische Seite unterscheiden. Viele Verfechter des Ständegedankens behandeln die Frage viel mehr unter dem rein politischen als wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt. Die ständische Organisation soll ihnen dazu dienen eine demokratisch-parlamentarische Verfassung zu ersetzen. Andere wiederum wollen den Ständestaat, um die Wirtschaft aus der Beeinflussung durch den Staat heraus und in die Sphäre der Selbstverwaltung und Selbstorganisation zu führen. Bei den Dritten steht gerade der entgegengesetzte Gesichtspunkt im Vordergrund: die ständische Organisation soll dem Staat die Führung und Beaufsichtigung der Wirtschaft erleichtern. Anhänger des ständischen Aufbaues sind Nationalsozialisten, Deutschnationale und Wirtschaftspartei. Hugenberg schlägt in seiner Schrift „Wege zur Reichsreform“ (Berlin 1930) Selbstverwaltungsorganisationen der Berufsstände vor und will durch diese Organisationen dem Staat einen Großteil der Verwaltungs- und Regierungsarbeit abnehmen. Die Kammerorganisationen der Landwirtschaft sind ihm Vorbild für gleichartige Organisationen der anderen ständischen Gruppen, deren Zusammenfassung Aufgabe eines zukünftigen Staates sein soll. Die Nationalsozialisten fordern ebenfalls ein Wirtschaftsparlament, das auf ständischer Grundlage gebildet sein soll.

Die Forderung nach stärkerer Herausbildung von Selbsthilfe und Selbstverwaltungsorganisationen innerhalb der Wirtschaft haben mit den Verfechtern ständischer Gedanken auch wirtschaftspolitisch anders eingestellte Kreise gemein. Ihnen erscheint aber die Omnipotenz des Staates als eine Gefahr und sie wünschen daher die Abgabe eines Teiles seiner Aufgaben an berufsständische Organisationen der einzelnen Wirtschaftszweige. Diesen Gedanken findet man bei Dessauer, dessen Plan einer kooperativen Wirtschaft die Elemente des Ständetums und die einer sich selbst bestimmenden Planwirtschaft zu verbinden sucht. Manchesterlicher Liberalismus wird dabei von Dessauer abgelehnt. Dessauers Gedanken versprachen neben der Sozialen Enzyklika des Papstes Pius XI vom Jahre 1931 die Grundlage der zukünftigen Wirtschaftsprogrammatik des Zentrums zu werden. Den Weg zur organisierten Selbstverwaltung der Wirtschaft, um sie von staatlicher Bevormundung frei zu machen und frei zu halten, sucht auch Dr. Stolper in seinem Programmentwurf für die Demokratische Partei. Beide Parteien wollten aber dabei die demokratische Grundlage der Politik aufrecht erhalten wissen.

In Verkennung der ständischen und Selbstverwaltungsgedanken bildeten sich zeitweise ständische Parteien. Auch sie sind an sich in Deutschland keine Neuheit. Handwerk und Gewerbe versuchten sich darin ebenso wie der Bund der Landwirte bereits in der Vorkriegszeit. Unter den schweren wirtschaftlichen Folgen des Krieges, der Inflation, der gewaltigen Steigerung der Steuern, der verminderten Kaufkraft des deutschen Volkes in der Nachkriegszeit leiden diese beiden Wirtschaftsschichten besonders stark, da sie nur in geringem Umfang in der Lage sind, die sie treffenden Lasten auf andere abzuwälzen. Darum ist es verständlich, daß diese Kreise, von der Notlage am fühlbarsten betroffen,

verstimmt, verärgert und verbittert den politischen Parteien, bei denen sie Hilfe suchten und die ihnen nicht helfen konnten, den Rücken kehrten und in Anlehnung an die ständische Tradition ihrer Kreise eigene ständische Parteien zur Vertretung ihrer Interessen gründeten. Im Rahmen des demokratisch-parlamentarischen Systems mußten diese Parteien selbstverständlich ausnahmslos schwache Minderheitengruppen bleiben, die nur geringen Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik gewinnen und die fast für alle ihre parlamentarische Arbeit die Unterstützung der politischen Parteien in Anspruch nehmen mußten.

Als letzte Idee, die im Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Auseinandersetzungen auftaucht, ist der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie zu nennen. Dieser Gedanke, von Naumann bereits in der Vorkriegszeit vertreten, wird von den Demokraten und seit 1928 auch von den Freien Gewerkschaften und damit auch von der Sozialdemokratischen Partei aufgegriffen. Allerdings besteht zwischen dem Ziel dieser beiden Gruppen ein fundamentaler Unterschied. Die Demokraten wollten durch die Wirtschaftsdemokratie eine Wirtschaftsgerechtigkeit schaffen, dem Arbeitnehmer eine seiner Zahl und seiner Leistung entsprechende Stellung im Wirtschaftsleben einräumen und ihn damit vom Klassenkampfgedanken fortführen und ihn zu einem einsichtsvollen Mitarbeiter machen. Als Endziel schwebte ihnen eine von allen Schichten gleichmäßig getragene und harmonisch geführte Wirtschaft vor, die sozialistischen Gedankengängen keine Anregung bot.

Ganz anders faßten die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie die Wirtschaftsdemokratie auf. Ihnen erscheint sie als Vorstufe zum Sozialismus. Wirtschaftsdemokratie ist ihnen auf dem Gebiete der Wirtschaft dasselbe wie politische Demokratie auf dem Gebiete des Staatsrechts und der Staatsverfassung. Sie betrachten daher auch die immer weiter fortschreitende Organisierung der kapitalistischen Wirtschaft in Trusts, Konzerne und Syndikate nicht mehr nur mit den Augen des Mißtrauens, sondern schon mit der Ueberlegung, wie weit in den so organisierten Wirtschaftszweigen die Wirtschaftsdemokratie unter Mitwirkung von Arbeitnehmern und Konsumenten als Vorstufe der Sozialisierung durchgeführt werden könnte.

Neben diesen vielfältigen Versuchen, den neu entstandenen Verhältnissen Rechnung zu tragen, tritt das Programm der Nationalsozialisten immer mehr in den Vordergrund. Sie lassen sich nicht in den Rahmen der anderen Parteien, die eben Parteien im alten Sinne des Wortes sind, eingliedern. Sie sind Partei und Bewegung zugleich, eine soldatisch gegliederte Gemeinschaft der Anhänger einer politischen Idee. Dem demokratischen Gedanken stellen sie das Führerprinzip gegenüber. Dem Marxismus wie dem Judentum gilt staats- wie wirtschaftspolitisch ihr Kampf. Die Plattform, von der aus sie die Politik betrieben wissen wollen, ist eine grundsätzlich andere als die der übrigen Parteien. Hitler sagt darüber in seinem Buch „Mein Kampf“ (S. 165): „Der Staat hat mit einer bestimmten Wirtschaftsauffassung oder Wirtschaftsentwicklung garnichts zu tun. Er ist nicht eine Zusammenfassung wirtschaftlicher

Kontrahenten in einem bestimmt umgrenzten Lebensraum zur Erfüllung wirtschaftlicher Aufgaben, sondern die Organisation einer Gemeinschaft physisch und seelisch gleicher Lebenselemente zur besseren Ermöglichung der Forterhaltung ihrer Art, sowie zur Erreichung des dieser von der Vorsehung vorgezeichneten Zieles ihres Daseins.“ Der Staat ist daher ein Mittel zur Verwirklichung und zum Schutz des Rassegedankens. Die Wirtschaft hinwiederum ist für den Staat nur ein Mittel zur Erreichung und Sicherung dieser Ziele. Die Nationalsozialisten stellen auch eine Anzahl neuer wirtschaftspolitischer Forderungen auf, die sich sonst bei keiner Partei wiederfinden. Hier seien insbesondere die „Brechung der Zinsknechtschaft“ und die Forderung nach einem „großzügigen Ausbau der Altersversorgung“ genannt, die zugleich in einem inneren Zusammenhang stehen. Den ersten Punkt kommentiert Feder in seinen Ausführungen zum Parteiprogramm der NSDAP., S. 32 wie folgt: „Brechung der Zinsknechtschaft ist die stählerne Achse, um die sich alles dreht, sie ist weit mehr als nur eine finanzpolitische Forderung, sie greift mit ihren Voraussetzungen und Auswirkungen ebenso tief ins politische Leben wie ins wirtschaftliche ein, nicht minder ist sie eine Hauptfrage der Wirtschaftsgesinnung und greift so auch zutiefst ins persönliche Leben jedes Einzelnen ein, sie fordert von Jedem die Entscheidung: Dienst am Volk oder schrankenlose private Bereicherung — sie bedeutet somit die „Lösung der sozialen Frage“.“ Die Forderung nach Ausbau der Altersversicherung begründet Rosenberg in „Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP.“ S. 30: „Das gesamte soziale Problem der Jetztzeit wird nie und nimmer gelöst werden ehe nicht vom Staat als seine Pflicht erklärt wird, auch die Altersversorgung des in Fabrik, Werkstatt und auf dem Lande tätigen besitzlosen Arbeiters zu übernehmen. In diesem Augenblick wird die innere Voraussetzung dafür entstehen, daß das zerrissene völkische Einigungsband dauernd wiederhergestellt werden kann. Ein Arbeiter, der weiß, daß ihn im Alter nicht das Elend erwartet, nachdem er seine Kräfte im Bergwerk oder vor der glühenden Lohe hergegeben hat, ist dann erst imstande, eine Pflicht der Allgemeinheit gegenüber innerlich anzuerkennen, wenn auch diese die ihrige ihm gegenüber durch eine greifbare Tat zum Ausdruck bringt.“ Oberster Grundsatz aller Wirtschaftspolitik soll das Wort sein „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“.

Parteistatistik.

Zahlenmaterial über die Zusammensetzung der organisierten Mitgliedschaft war zur Zeit der Fertigstellung der Arbeit nur von den Sozialdemokraten und den Kommunisten zu erhalten. Bei den übrigen Parteien war nur festzustellen, daß sie die Zahl ihrer Wähler auf das ungefähr Zehnfache ihrer jeweiligen Mitgliedschaft schätzten. Bei Parteien, die sich im Rückgang befinden, wird der Prozentsatz der organisierten Mitglieder gegenüber der Wählerschaft größer sein, da die einmal organisierten Mitglieder sich erfahrungsgemäß nicht so schnell von der Partei trennen wie die Nur-Wähler. Eine Statistik über die soziale Herkunft und die Altersklassen der Mitglieder gibt es ebenfalls nur bei Sozialdemokraten und Kommunisten. Beide Parteien fingen ihre statistischen Arbeiten mit lokalen Erhebungen in den Großstädten an, und dehnten dann, auf den Erfahrungen fußend, ihre Untersuchungen auf die gesamte Mitgliedschaft aus. Von besonderem Aufschluß sind die so gewonnenen Unterlagen über die Altersklassen innerhalb der beiden Parteien. Sie zeigen, daß die Jugend durch die kommunistische Agitation in einem gefährlichen Ausmaß ergriffen wurde. Die Jugend bis zum 30. Lebensjahr war in der KPD. relativ fast doppelt so stark organisiert als in der SPD. Auch in der Jahrzehntklasse vom 30.—40. Lebensjahr ist der Prozentsatz der Mitglieder in der KPD. noch um fast ein Drittel höher als in der SPD. Erst vom 50. Lebensjahr an kann die SPD. höhere Prozentziffern für sich verbuchen. In der KPD. war nur ein Drittel in den Lebensjahren über 40 Jahre, bei der SPD. gehört mehr als die Hälfte der Mitgliedschaft der Lebensklasse über 40 Jahre an. Die Statistiken der letzten Jahre zeigen deutlich eine zunehmende „Vergreisung" der SPD.: Das dem Parteitag 1931 — letzter Parteitag überhaupt — vorgelegte Zahlenmaterial weist aus, daß über 50 Jahre fast 30 % und unter 30 Jahre noch nicht 20 % der Mitglieder alt sind. Der Prozentsatz der in diesen beiden Parteien organisierten Frauen ist bei den Sozialdemokraten höher gewesen als bei den Kommunisten.

Neben diesen beiden Parteien konnte noch das Zentrum mit einer statistischen Uebersicht aufwarten. Es ist das von Dr. Schauff erschöpfend zusammengestellte Material über die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei. Schauff wirft die beiden Fragen auf: Wieviele Katholiken wählen Zentrum? und zweitens: Was wählen die Katholiken, die nicht Zentrum wählen?

In der Beantwortung der ersten Frage stellt er fest, daß in der Nachkriegszeit im Durchschnitt 55,3 % der männlichen und weiblichen Katholiken Zentrum bezw. Bayerische Volkspartei wählten. Dieses Ergebnis entspricht ungefähr dem, das auch die Vorkriegswahlen brachten.

Die Zentrumsfreudigkeit der männlichen Katholiken hatte etwas, jedoch nicht wesentlich nachgelassen. Aufschlußreicher ist aber die Antwort auf die zweite Frage. Allgemein kann festgestellt werden, daß bei den nicht Zentrum wählenden Katholiken der Hang nach Links überwiegt. Es wählten nämlich von den verbleibenden 44,7 % Katholiken 26,5 % links und nur 18,2 % rechts. Von den Linkswählern gingen die meisten zu den Kommunisten, die daher auch mit 21,8 % den größten Bestandteil an katholischen Stimmen aller Parteien außerhalb des Zentrums hatten. Es folgten dann in absteigender Linie die Demokraten, Sozialdemokraten, Volkspartei und Deutschnationale. Leider liegt keine Untersuchung vor, die ein Bild des Prozentsatzes an Katholiken vermittelte, die in den letzten Jahren in wachsendem Maße trotz der Ablehnung durch den Klerus, Nationalsozialisten wählten.

Literaturangabe.

A. Allgemeine Literatur.

Friedrich Areboe,
Agrarpolitik, Verlag Parey, Berlin 1928.

Fritz Baade und Hans Krüger,
Sozialdemokratische Agrarpolitik, Berlin 1925.

August Bebel,
Unsere Ziele, 10. Auflage, Berlin 1893.

Ed. Bernstein,
Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.

M. Beer,
Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Berlin 1922.

Bergsträßer,
Geschichte der politischen Parteien in Deutschland, Mannheim 1924.

E. v. d. Boom,
Vom Erfurter zum Görlitzer Programm, München-Gladbach 1923.

Heinz Brauweiler,
Berufsstand und Staat, Berlin 1925.

Paul Bröcker,
Vom christlich-sozialen Gedanken zur deutschnationalen Arbeiterbewegung, Hamburg 1921.

Hans Buchner,
Die goldene Internationale, Franz Eher Nachf., München 1928.
Warenhauspolitik und Nationalsozialismus, Franz Eher, München.
Grundriß einer nationalsozialistischen Volkswirtschaftstheorie, Franz Eher, München.

Eduard David,
Sozialismus und Landwirtschaft, Quelle u. Meyer, Leipzig 1925.

Friedrich Dessauer,
Kooperative Wirtschaft, Cohen, Bonn 1929.

Artur Dix,
Die deutschen Reichstagswahlen 1871—1930 und die Wandlungen der Volksgliederung, J. C. B. Mohr, Tübingen 1931.

Friedrich Ehrenberg,
Klassenkampf und Sozialfrieden, Jena 1922.

Friedrich Engels,
Grundsätze des Kommunismus, herausgegeben von Eduard Bernstein, Berlin 1923.

Anton Erkelenz,
Gegen die Versteinerung der Sozialpolitik, Berlin 1923.
Zehn Jahre Deutsche Republik, Siebenstäbe-Verlag, Berlin 1928.

Fr. Everling,
Die Stände im künftigen Staat, Deutsche Treue, Berlin 1930.

Gottfried Feder,
Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes. Unveränderter Neudruck aus dem Jahre 1919, München 1926.
Das Programm der NSDAP. und seine weltanschaulichen Grundgedanken, Franz Eher, München 1930.
Der deutsche Staat auf nationaler Grundlage, Franz Eher, München 1923.
Die Wohnungsnot und die soziale Bau- und Wirtschaftsbank, Franz Eher, München.

Ad. Günther,
Theorie der Sozialpolitik, Walter de Gruyter, Berlin-Leipzig 1922.

Gustav Hartz,
Irrwege der deutschen Sozialpolitik, Scherl, Berlin 1930.

Hermann Heller,
Europa und der Faschismus, Walter de Gruyter, Berlin-Leipzig 1929.

Adolf Hitler,
Mein Kampf, Franz Eher Nachf., München 1930.

Ernst Horneffer,
Die große Wunde, Oldenburg, München. 1929.

Alfred Hugenberg,
Entschuldung der Landwirtschaft, Scherl, Berlin 1931.
Streiflichter auf Vergangenheit und Gegenwart, Scherl, Berlin 1928.

A. Hundhammer,
Geschichte des Bayerischen Bauernbundes, München 1924.

Rud. Jung,
Der nationale Sozialismus, Deutscher Volksverlag, München 1922.

Karl Kautsky,
Der Weg zur Macht, Berlin 1920.
Die Agrarfrage, Stuttgart 1899.
Die soziale Revolution, Berlin 1902.
Die Sozialisierung der Landwirtschaft. Mit einem Anhang: Der Bauer als Erzieher von Ad. Hofer, Berlin 1921.
Parlamentarismus und Demokratie, Berlin 1922.

Paul Kampffmeyer,
Der Geist des neuen sozialdemokratischen Programms, Jena 1922.
Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie, Berlin 1919.

Klein-Hattingen,
Die Geschichte des deutschen Liberalismus, Buchverlag der Hilfe, Berlin 1911.

Paul Lejeune-Jung,
Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1927.

Th. Leipart,
Carl Legien, Berlin 1929.

Eugen Mack,
Staatssozialismus, Badersche Verlagsbuchhandlung, Rottenburg am Neckar, 1924.

Heinz Marr,
Großstadt und politische Lebensform, Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg.

Fritz Naphtali,
Wirtschafts-Demokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel, Verlagsgesellschaft des Allgem. Deutschen Gewerkshcaftsbundes, Berlin 1929.

Karl Marx,
Zur Kritik der politischen Oekonomie, neu herausgegeben von K. Kautsky, Berlin 1924.
Das Kapital, Volksausgabe von Karl Kautsky.
und Friedrich Engels, Kommunistisches Manifest.

F. Meinecke,
Weltbürgertum und Nationalstaat.

Robert Michels,
Zur Soziologie des Parteiwesens, Alfred Körner, Leipzig 1925.

August Müller,
Sozialisierung oder Sozialismus, Berlin 1919.

E. v. Philippovitsch,
Die Entwicklung der wirtschaftspolitischen Ideen im 19. Jahrhundert.

Hugo Preuß,
Deutschlands republikanische Reichsverfassung, Berlin 1922.
Staat, Recht und Freiheit, J. C. B. Mohr, Tübingen 1926.

Gaston Raphael,
Walter Rathenau, Berlin 1922.

Karl Renner,
Wirtschaft als Gesamtprozeß, I. H. W. Dietz, Berlin 1924.

Fritz Reinhardt,
Die Herrschaft der Börse, Nationalsozialistische Bibliothek, Heft 2, München.

Alfred Rosenberg,
Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP., Deutscher Volksverlag, München 1930.

Johannes Schauff,
Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei, Köln 1928.

Martin Schiele,
Mehr deutsche Arbeit, mehr deutsches Brot, Berlin 1927.

Werner Sombart,
Die Ordnung des Wirtschaftswesens, Enzyklopaedie der Rechts- und Wirtschaftswissenschaft, Berlin 1925.

Oswald Spengler,
Preußentum und Sozialismus.

Friedrich Stampfer,
Das Görlitzer Programm, Berlin 1922.

A. Stegerwald,
Sicherung der Sozialpolitik, Berlin 1930.

Adolf Weber,
Politik als Beruf.
Arbeitskämpfe oder Arbeitsgemeinschaft.
Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, J. C. B. Mohr, Tübingen 1930.

Martin Wenck,
Handbuch für liberale Politik, Berlin 1911.
Friedrich Naumann, Buchverlag der Hilfe, Berlin 1920.

Max Weiß,
Der nationale Wille, Wilhelm Kamp, Essen 1928.

Graf Westarp,
Bauernnot — Volksnot, Berlin 1928.

Zach,
50 Jahre Zentrum,

B. Parteiliteratur.

Von allen behandelten Parteien:
die Berichte der Parteitage,
die Flugblatt- und Werbeschriften,
die führenden Parteizeitschriften,
Archivmaterial.

Druck:
Reichsbund-Druckerei G. m. b. H.,
Berlin-Wilmersdorf

Date Due

JUN 30 1950	7/14		

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
0021099820

D110 N86
Nowack
Entw. des wirtschaftl.-
programme des grossen...
1-6 38 | FEB 4 1938
JUN 30 1950 John E. Murphy
3448 Corlear Ave, Bx 63
7/14 Recalled 11/10/50

MSH 00456
NEH
MAR 01 1994

FEB 2 1933

END OF
TITLE